



PUA

über die
4. Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses
am Montag, dem 15.06.2009
im Sitzungssaal II

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:10 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Thomas Blaschke
Frau Marion Dyduch
Herr Andreas Friedhoff
Frau Astrid Gube
Herr Peter Holtmann
Herr Klaus Kasperidus
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Hartmut Madeja
Herr Volker Sekunde
Herr Klaus Slomiany
Herr Udo Theimann

CDU

Frau Ingrid Borowiak
Herr Karsten Diederichs-Späh
Herr Dirk Ebbinghaus
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Rosemarie Gerdes
Herr Heinrich Kissing

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Anke Schneider

FDP

Herr Peter Büchel

BG (neu)

Herr Dieter Kloß

Sachverständige Bürger gem. § 23 Abs. 2 Satz 3 DSchG NRW

Herr Karl-Heinz Stoltefuß

Sachverständige gem. Beschluss des Umweltausschusses

Herr Heinrich Hellekemper
Herr Wilfried Wiese
Herr Gerhard Zielke

Ortsvorsteher

Herr Heinz Henning

Verwaltung

Herr Jochen Baudrexl
Herr Matthias Breuer
Herr Karsten Harrach
Frau Monika Holtmann
Herr Uwe Liedtke
Herr Jens Neunert
Herr Reiner Steffen

Gäste

Herr Hendrix, WSH
Herr Schütte, WSH

Entschuldigt fehlten

Herr Dieter Drescher
Herr Joachim Eckardt
Herr Michael Krause
Herr Jochen Müller
Herr Marc Nathmann
Herr Herwig Rabeneck

Auf die in der Niederschrift hingewiesene Präsentation zur Sitzung am 15.06.09 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden.

Herr **Lipinski** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung, begrüßte die Anwesenden, insbesondere die eingeladenen Gäste, die Zuhörer sowie die Vertreter der Presse und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Lärmschutzwall am Kamener Kreuz Gemeinsamer Bericht von Herrn Schütte (Wirtschafts- u. Servicegesellschaft Handwerk - kurz WSH) sowie der Verwaltung	
2	Maßnahmen der Stadt Kamen zur Umsetzung des Konjunkturpaketes II	
2.1	Sachstandsbericht der Verwaltung zur bisherigen Umsetzung der Maßnahmen - Friedrich-Ebert-Schule - Konzertaula - Kindertagesstätte Hammer Str. 15	
2.2	Vorstellung der Planung Parkplatz Konzertaula	
3	Umsetzung der EU-Umgebungsärmrichtlinie Zwischenbericht der Verwaltung zum Untersuchungsstand	
4	Ausbau des Radwegenetzes im Kamener Stadtgebiet Vorstellung neuer Radverkehrsprojekte	036/2009
5	Querungshilfe Dortmunder Allee zwischen Borsigstraße und Hansastraße Antrag der SPD-Fraktion vom 04.06.2009	
6	Bauvorhaben im Stadtgebiet hier: Bericht der Verwaltung	
7	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Lärmschutzwall am Kamener Kreuz
Gemeinsamer Bericht von Herrn Schütte (Wirtschafts- u.
Servicegesellschaft Handwerk - kurz WSH) sowie der Verwaltung

Herr **Lipinski** begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt von der Wirtschafts- und Servicegesellschaft Handwerk Hellweg mbH (kurz: WSH Hellweg mbH) Herrn Manfred Schütte (Prokurist) und Herrn Dirk Hendrix (Bauleiter).

Herr **Schütte** bedankte sich für die Einladung zur Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses. Anhand einer Präsentation gab er einen ausführlichen Bericht zur Baumaßnahme „Lärmschutzwall Kamener Kreuz“ (Einzelheiten s. Präsentation S. 2-9). Im Rahmen seines Vortrages gab er einen Überblick zur Projektentwicklung und zum Bauablauf (Baubeginn: April 2009 – Dauer: 2 bis 2,5 Jahre). Des Weiteren erläuterte er Daten und Fakten zum Baukörper. Er wies nachdrücklich darauf hin, dass eine gutachterliche Begleitung während der ges. Baumaßnahme erfolge und insbesondere nur durch den Gutachter freigegebene Materialien eingebaut würden. Bei den eingebauten Materialien handele es sich um Böden und RC-Materialien aus dem Kreis Unna. HMV-Schlacken würden nicht eingebaut. Eine mineralische Oberflächenabdichtung sei als ausreichend anzusehen.

Frau **Dyduch** bedankte sich für den informativen Vortrag. Sie erkundigte sich, nach den anfallenden LKW-Verkehren zu der Baustelle.

Dazu erklärte Herr **Schütte**, dass pro Tag zwischen 30 und 50 Touren zu verzeichnen sind, die ein Volumen von 500 t bis 800 t pro Tag bedeuten. Derzeit seien etwa 10 % des Materials eingebaut.

Herr **Kühnapfel** zeigte sich erfreut darüber, dass keine Schlacken in den Lärmschutzwall eingebaut werden. Bezüglich der mineralischen Abdichtung erkundigte er sich, ob diese tatsächlich ausreichend sei. Er habe diesbezüglich Bedenken, dass Auswaschungen durch Niederschlagseinsickerung erfolgen könnten.

Zu diesem Punkt führte Herr **Schütte** aus, dass in den Lärmschutzwall keine wassergefährdenden Stoffe eingebaut würden. Es würden lediglich Materialien nach LAGA Z 2 aufgebracht. Eine mineralische Abdichtung sei erforderlich und ausreichend. Bei der steilen Böschungsneigung von 1:1,5 sei zudem kein Niederschlagseintrag zu erwarten.

Herr **Diederichs-Späh** bat um weitere Informationen zu erwarteten Schallminderungswerten, Art der Bepflanzung und Unterhaltungskosten.

Ein Gutachten zum Schallschutz sei erstellt worden, so erläuterte Herr **Schütte**. Dies könne auch zur Verfügung gestellt werden. Die Bepflanzung des Lärmschutzwalls erfolge mit Gräsern. Darüber hinaus wird ein 5 m breiter Pflanzstreifen angelegt, der mit einer Baumreihe und Feldgehölzen versehen wird. Die Bepflanzung erfolgt in Abstimmung mit dem Kreis Unna. Zur Frage der Unterhaltungskosten könne er keine Angaben machen.

Unter Bezug auf vorangegangene Sitzungen des Planungs- und Umweltausschusses, in denen der Lärmschutzwall Kamener Kreuz thematisiert wurde, erläuterte Herr **Liedtke**, dass bereits Informationen zu Unterhaltung und Lärmschutz gegeben wurden. Zur Frage der Unterhaltung erklärte Herr Liedtke, werde der Kreis Unna die Pflege der Flächen übernehmen. Zum Lärmdämmmaß sei ebenfalls bereits informiert worden. Es könne je nach Gebäudelage und Geschoss eine Lärminderung zwischen 5 bis 13 db(A) erwartet werden.

Herr **Baudrexl** erinnerte nochmals an die Historie von der Gründung der Bürgerinitiative, der in der Stadt Kamen entstandene Gedanke, im Rahmen der Renaturierung der Seseke den Bodenaushub für die Errichtung eines LSW zu nutzen, zahlreiche Gespräche mit Dr. Timpe vom Kreis Unna, der BBKU und der WSH. Zunächst habe es auch viele Skeptiker gegeben. Nunmehr sei die Umsetzung des so wichtigen Projektes begonnen. Die WSH habe die Umsetzung getragen. Herr Baudrexl dankte der Kreishandwerkerschaft und der WSH für das große Engagement bei der Realisierung des Projektes.

Auf Nachfrage von Herrn **Kloß** zur Standsicherheit des Lärmschutzwalles informierte Herr **Schütte** darüber, dass die Standsicherheit berechnet wurde, im Rahmen der Bauausführung tägliche Prüfungen durch einen unabhängigen Gutachter erfolgen und diese dokumentiert werden. Die Standsicherheit des Lärmschutzwalles ist nachzuweisen.

Zu TOP 2.

Maßnahmen der Stadt Kamen zur Umsetzung des Konjunkturpaketes II

Zu TOP 2.1.

Sachstandsbericht der Verwaltung zur bisherigen Umsetzung der Maßnahmen

- Friedrich-Ebert-Schule
- Konzertaula
- Kindertagesstätte Hammer Str. 15

Herr **Baudrexl** nahm Bezug auf die bereits im Rahmen des Konjunkturpaketes II durch den Haupt- und Finanzausschuss beratenen Maßnahmen und diesbezüglich gefassten Beschlüsse. Ein Teil der Maßnahmen aus dem Bereich Bildungsinfrastruktur (z. B. Turnhallenbödenenerneuerungen, Erweiterung Nebenraumprogramm) steht noch unter dem Vorbehalt des Art. 104 b GG, wo sich eine Änderung der Gesetzeslage jedoch abzeichnet, so dass auch dazu in absehbarer Zeit entsprechende Anmeldungen zum Konjunkturpaket II zu erwarten sind. In diesem Zusammenhang informierte er nochmals über die Abgrenzung der Fördermaßnahmen aus dem Bereich des Investitionspaketes zur energetischen Erneuerung sozialer Infrastruktur in den Gemeinden in Nordrhein-Westfalen und den im Rahmen des Konjunkturpaketes II angemeldeten Maßnahmen. Er erläuterte im Einzelnen den Sachstand zu nachfolgenden, bereits begonnenen Projekten (Präsentation S. 10-13):

- **Friedrich-Ebert-Schule**
Maßnahmen: Einbau neuer Fenster, Einbau einer neuen Heizungsanlage, Verbesserung der Elektrotechnik
Kosten: 512.000 €
Durchführungszeitraum: Schwerpunkt Sommer- u. Herbstferien 2009
Bereinigter Verbrauch 2008: 529.936 kwh
Energieeinsparung/Jahr: ca, 175.000 kwh
CO₂-Reduzierung/Jahr: ca. 40 t

- **Gymnasium – Konzertaula**
Maßnahmen: Umbau, Sanierung und Optimierung der Heizungsanlage einschl. Kälteverrohrung und Lüftung in der Konzertaula und im Foyer; Wärmerückgewinnung
Kosten: 550.000 €
Durchführungszeitraum: Sommerferien 2009
Bereinigter Verbrauch 2008: 2.627.980 kwh
Energieeinsparung/Jahr: ca. 153.763 kwh
CO₂-Reduzierung/Jahr: ca. 36 t

- **Kindertagesstätte Hammer Straße 15**
Maßnahmen: Dach - Zwischen- u. Aufsparrendämmung 20 cm, Wände – Dämmung WGS 14, Fenster – Wärmeschutzverglasung, Keller – Dämmung 10 cm WLZ 040, Erneuerung Heizung, Sanitärinstallation, Elektroinstallation
Kosten: 250.000 €
Durchführungszeitraum: August 2009 bis Juli 2010
Energieeinsparung/Jahr: ca, 48.124 kwh
CO₂-Reduzierung/Jahr: ca. 12,5 t

Im Planungs- und Umweltausschuss bzw. im Schulausschuss wird über den jeweiligen Sachstand zu den Maßnahmen des Konjunkturpaketes II regelmäßig informiert werden.
 Alle derzeit noch nicht begonnen Maßnahmen werden von der Verwaltung weiter vorbereitet und sukzessive umgesetzt.

Herr **Kissing** erkundigte sich nach der möglichen Einsparung in €-Beträgen für die vorgestellten 3 Projekte.

Dazu erklärte Herr **Baudrexl**, dass mit einer jährlichen Ersparnis von ca. 25 T € zu rechnen sei. Jedoch sei nicht nur der rein betriebswirtschaftliche Aspekt zu berücksichtigen, sondern insbesondere die positiven Auswirkungen auf die ökologische Bilanz und die erreichte CO₂-Reduzierung. Diesbezüglich informierte Herr Baudrexl darüber, dass die Stadt Kamen den Stromliefervertrag mit den Gemeinschaftsstadtwerken Kamen-Bergkamen-Bönen erneuert habe. Die Stadt Kamen hat den Ökostromtarif gewählt. Dies führt zu weiteren CO₂-Reduzierungen.

Bei den v. g. Maßnahmen stehe der Klimaschutz im Vordergrund, so erklärte Herr **Kühnapfel**. Unter betriebswirtschaftlichen Aspekten würden sich nur die wenigsten Projekte rechnen. Mit der Förderung aus dem Konjunkturprogramm II sei die Realisierung der Maßnahmen ermöglicht worden. Der mit den GSW abgeschlossene Ökostromtarif werde von seiner Fraktion begrüßt, wobei s. E. die GSW derzeit zu einseitig auf Wasserkraft setzen. Ein besserer Energiemix wäre an dieser Stelle wünschenswert.

Auf Nachfrage von Herrn **Diederichs-Späh** in Bezug auf die Erneuerung der Lüftungsanlage Konzertaula – Foyer erläuterte Herr **Steffen**, dass die vorhandene Lüftung veraltet war und ausgetauscht werden musste.

Frau **Dyduch** begrüßte die Investitionen in Bildungseinrichtungen, die Kindern und Erziehern zugute kommen.

Zu TOP 2.2.

Vorstellung der Planung Parkplatz Konzertaula

Die Projekte des Konjunkturpaketes II aus dem Bereich allgemeine Infrastruktur / Städtebau werden von der Verwaltung zur Zeit mit Hochdruck entwickelt, erklärte Herr **Baudrexl**. Eine Vorstellung der Projekte erfolge voraussichtlich in der September-Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses. Mit Ferienbeginn werde die Baumaßnahme Parkplatz Gymnasium / Konzertaula beginnen. Bis Mitte Oktober 2009 soll diese Baumaßnahme beendet werden.

Die Planung zum Parkplatz Gymnasium / Konzertaula wurde durch Herrn **Neunert** vorgestellt (s. Präsentation S. 14-15). Erste Überlegungen dazu gehen bereits auf das Jahr 1999 zurück. Eine neue Überplanung war erforderlich. Der vorhandene Baumbestand soll nach Möglichkeit integriert werden. Eine Versickerung auf der Fläche ist gem. Bodengutachten nicht möglich, so dass das Niederschlagswasser in die Kanalisation abzuleiten ist. Es werden 174 Stellplätze entstehen. Bei der Verkehrsführung sollte ein Rückstau vermieden werden. Durch eine entsprechende Beschilderung soll dies erreicht werden. Verschiedene Zugänge werden geschaffen, auch mit Anbindung an die Konzertaula. Unter Berücksichtigung der Nutzergruppe „Schausteller“ wurden die Überfahrten z. B. an die Wenderadien der Wohnwagen angepasst, Bauklasse 5 gewählt und es werden zusätzliche Stromverteiler fest installiert. Die Fahrflächen werden in Asphalt ausgeführt. Parkflächen werden gepflastert (Architektenpflaster – grau). Behindertenparkplätze sind ebenfalls vorgesehen. Pflanzbeete werden mit Rundborden eingefasst. Die Kosten für diese Maßnahme wurden auf 380 T€ kalkuliert.

Herr **Baudrexl** ergänzte, dass alle Parkplätze frei verfügbar bleiben sollen.

Herr **Kühnapfel** lehnte das Projekt für seine Fraktion ab. Ein Bedarf für diesen Parkplatz werde nicht gesehen, da in der Woche der Parkplatz in der Regel nur von 20 Fahrzeugen benutzt werde. Nur zu den Zeiten des Schulbeginns und Schulendes sowie bei Veranstaltungen sei der Parkplatz voll genutzt. Ebenfalls Beeinträchtigungen für die Kindergärten seien durch den Parkplatz zu erwarten. Seine Fraktion sehe hier eine Verschwendung von Steuergeldern.

Frau **Gerd** widersprach den o. g. Äußerungen von Herrn Kühnapfel. Nach ihren Beobachtungen sei der Parkplatz immer gut ausgelastet. Dies sei eine sinnvolle Maßnahme, ein geordnetes Parken zu erreichen. Heute stünden die Fahrzeuge kreuz und quer. Eine Beeinträchtigung des AWO-Kindergartens sah sie ebenfalls nicht, da durch die Grünanlagen des Kindergartens von dort der Parkplatz nicht einzusehen sei. Durch die Projektrealisierung erwarte sie eine Entschärfung der Gesamtsituation für Eltern, Schüler, Kindergartenkinder und Lehrer. Sie erkundigte sich, ob eine Beleuchtung des Parkplatzes vorgesehen sei.

Dazu erklärte Herr **Neunert**, dass derzeit eine Notbeleuchtung mit 2 Scheinwerfern erfolge, jedoch ein entsprechendes neues Beleuchtungskonzept für den Parkplatz bestehe und dieses mit dem Ausbau umgesetzt werde.

Auch Frau **Dyduch** widersprach der Auffassung von Herrn Kühnapfel. Sie sah in der Realisierung der Maßnahme eine städtebauliche Aufwertung des Gesamtstandortes mit Konzertaula, Gymnasium, Diesterwegschule, Kindergarten und demnächst Kindertagesstätte. Ein geordnetes Parken sei in diesem Bereich erforderlich. Ein solcher „Schmuddelplatz“ in einer solchen zentralen Innenstadtlage sei kein gutes Erscheinungsbild für die Gesamtstadt. Grün sei auf diesem Platz nur begrenzt vorhanden. Der Stadtpark befände sich jedoch in unmittelbarer Nähe, so dass ein Blick ins Grüne durchaus gegeben sei. Dies löse kein „Traumata“ bei den Kindern aus. Ihre Fraktion unterstütze das Projekt. Das Geld sei sinnvoll angelegt. Sie appellierte an Herrn Kühnapfel, die Angelegenheit sachlich zu bewerten und nicht zu übertreiben.

Herr **Kissing** bedankte sich bei Frau Gerdes für den Bericht. Auch seiner Ansicht nach sei die Nachfrage ausreichend. Der Parkplatz werde von fünf Einrichtung genutzt. Gerade auch Kinder und Jugendliche hätten einen Anspruch auf ein vernünftig gestaltetes Umfeld. Diese innenstadtnahe Fläche sei als wertvoll zu betrachten. Kosten von 1.500 €/Stellplatz erscheinen unter Berücksichtigung von Lage und Nutzen nicht zu hoch.

Herr **Kloß** sprach sich gegen das Projekt aus. Die aufzuwendenden Mittel seien zu hoch. Neue Parkplätze würden zudem am Gesundheitshaus entstehen. Diese könnten von den Besuchern der Konzertaula genutzt werden. Er schlug vor, in dem Bereich weitere Grünflächen zu errichten.

Frau **Schneider** berichtete nochmals, dass der Parkplatz nur zu Zeiten der Hol- und Bringdienste der Eltern ausgelastet sei. In diesem Zusammenhang sei eher daran zu appellieren, die Kinder z. B. durch Flash-Ticket „mobiler“ zu machen. Die Planung sei insgesamt gesehen nicht gut. Eine Erweiterung des Garten- und Spielbereiches für die Kindertagesstätte sei ihrer Meinung nach besser. Der Ausbau des Parkplatzes sei nicht erforderlich. Sie vertrat die Auffassung, die Mittel des Konjunkturpaketes II für energetische Maßnahmen einzusetzen.

Zu TOP 3.

Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie
Zwischenbericht der Verwaltung zum Untersuchungsstand

Zu diesem Tagesordnungspunkt berichtete Herr **Liedtke** wie folgt:

- Gesetzliche Grundlage:
Gesetzliche Verpflichtung aus EG-Umgebungslärmrichtlinie und daraus resultierender nationaler Regelungen (BImSchG, BImSchV)
- Bericht der Verwaltung zur „Umsetzung der EG-Umgebungslärmrichtlinie“ am 04.11.2008
- Bericht der Verwaltung zu „Lärmsanierung an DB-Strecke“ am 04.12.2008

- Beauftragung der Bürogemeinschaft IFS (Neuss) und prr (Aachen) mit Erstellung LAP im November 2008
voraussichtliche Kosten: 23 T€
Bearbeitungszeit bis zu 1 Jahr
- Inhalt des Lärmaktionsplanes für Kamen:
Datenübernahme und Plausibilitätsprüfung (bzgl. der Lärmkartierung durch LANUV)
Korrektur der Berechnungen
Analyse der Lärm- / Ruhesituation
Begleitung der Öffentlichkeitsarbeit u. Beteiligungsverfahren
Erarbeitung von Maßnahmen / Erstellung LAP
- Auftragserweiterung über gesetzl. Anforderung (zum jetzigen Zeitpunkt) hinaus:
Abweichung von gesetzl. Prüfwerten L_{den} 70 dB(A) bzw. L_{night} 60 dB(A) auf Schwelle der Gesundheitsschädigung (65 / 55 dB(A) zusätzliche Betrachtung der B 61 (obwohl erst zweite Stufe, ab 2013)
- Zwischenbericht zum Bearbeitungsstand zum 31.12.2008 an BR und LANUV gemeldet - wie gefordert.
- Im März hat das LANUV die Lärmkarten nochmals neu berechnet (wegen verändertem LKW-Anteil), diese Änderungen mussten übernommen werden.
- Bearbeitungsstand:
LAP im Grundgerüst fertig – die wesentlichen Kapitel mit „Maßnahmenplanung und langfristige Strategie“ sind noch in Bearbeitung, Fertigstellung vermutlich im Herbst 2009.
- Im Herbst 2009 Einbringung des Entwurfes in den Planungs- und Umweltausschuss – Beratung
- Beteiligungsverfahren für Öffentlichkeit und Baulastträger Straße / Schiene
- Terminvorgabe war nicht einzuhalten
Grundlagen wurden zu spät bereitgestellt
- Umsetzung soll so schnell wie möglich realisiert werden
- Zeitschiene gem. Richtlinien u. Auswertungspläne Lärmkartierung s. Präsentation S. 17-19

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich, ob bei der Lärmaktionsplanung an Schienenwegen eine Bündelung von Lärmprogrammen erfolge, der Flughafen Dortmund mit berücksichtigt sei und wie aktuell die LAP bei Fertigstellung sei.

Herr **Liedtke** erläuterte dazu, dass alle aus Lärmminderungsprogrammen bekannten Maßnahmen eine Rolle spielen und berücksichtigt werden. Eine Umsetzung der von der DB noch zu errichtenden Lärmschutzwände werde spätestens 2011 erwartet. Derzeit werde die technische Umsetzbarkeit geprüft. Nach derzeitiger Rechtslage werden nur Großflughäfen bei der Lärmaktionsplanung einbezogen. Damit werde der Flughafen Dortmund nicht berücksichtigt. Zur Frage der Aktualisierung der Lärmaktionsplanung erklärte Herr Liedtke, dass vom Gesetzgeber eine Fortschreibungspflicht alle 5 Jahre festgesetzt wurde.

Zum Projekt „Bahnsteigverbreiterung“ am Bahnhof Methler übergab Herr **Kissing** Unterlagen mit Vorschlägen zum Lärmschutz (z. B. Gambionen), mit der Bitte, diese bei Gesprächen mit der DB AG einzubringen.

Ausführliche Diskussionen zum Lärmschutz an der Bahnlinie habe die Verwaltung bereits geführt, so merkte Herr **Liedtke** an. Es handele sich um freiwillige Leistungen der Bahn ohne gesetzliche Verpflichtung. Einzelmaßnahmen sind zu gegebenen Zeit zu diskutieren. Auch Fragen wie die Finanzierung und Wirksamkeit einzelner Maßnahmen sind relevant. Das Beteiligungsverfahren der Baulastträger Straße / Schiene ist durchzuführen und die Ergebnisse daraus abzuwarten. Die Lärmaktionsplanung werde z. B. Baumaßnahmen und verkehrliche Maßnahmen umfassen. Alles, was zur Verringerung der Lärmbelastung führt, sei denkbar.

Zu TOP 4.
036/2009

Ausbau des Radwegenetzes im Kamener Stadtgebiet
Vorstellung neuer Radverkehrsprojekte

Zunächst erläuterte Herr **Breuer** die Beschlussvorlage und stellte anhand von Übersichts- und Detailplänen sowie Fotos die Planungen für die Radverkehrsprojekte vor (s. Präsentation S. 20 – 31). Es handelte sich im Einzelnen um:

- Radweg Henry-Everling-Straße
- Errichtung eines Brückenbauwerkes einschließlich der erforderlichen Wegeanschlüsse zur weiteren Erschließung des Radwegenetzes im Bereich des Knotenpunktes „Westicker Straße“
- Radweg Spiekerstraße, Kamen – Buderuskolonie, Unna

Insgesamt wurden von der Verwaltung die Förderanträge für die v. g. Maßnahmen vorbereitet und für das Jahresförderprogramm Kommunalen Straßen- und Radwegebau 2010 angemeldet. Dies war aufgrund der einzuhaltenden Antragsfristen erforderlich. Die im Rahmen der Förderung notwendige Beteiligung des Behindertenbeirates nach dem Behindertengleichstellungsgesetz erfolgte am 11.05.2009. Die Verwaltung empfehle nunmehr, den erforderlichen Projektbeschluss durch den Planungs- und Umweltausschuss zu fassen.

Auf Nachfrage von Herrn **Kühnapfel**, weshalb die Radwege nicht in wassergebundener Ausführung gebaut werden, erläuterten Herr **Liedtke** und Herr **Breuer**, dass aufgrund der vorliegenden Erfahrungen mit wassergebundenen Decken (Zustand, Beschwerden) und der hohen Unterhaltungskosten kein wassergebundener Ausbau vorgesehen sei. Im Vergleich zur Anlegung seien die Kosten für die Asphaltdecke nur geringfügig höher als für den wassergebundenen Ausbau. Die Entwässerung könne vor Ort in die Bankette erfolgen. Damit sei eine Versickerung gewährleistet. Zudem biete eine Asphaltdecke bessere Fahreigenschaften, insbesondere auch für Rollatoren, Kinderwagen, Inliner und Rollstühle.

Herr **Wiese** merkte an, dass bei Unfällen auf dem asphaltierten Radweg auch Krankenwagen den Verletzten besser erreichen könnten.

Bei der Querung der asphaltierten Radwege durch Tiere und Insekten wies Herr **Kühnapfel** auf zu erwartende Probleme hin.

Zum Radweg Henry-Everling-Straße erkundigte sich Herr **Diederichs-Späh** nach den ihm zu hoch erscheinenden Kosten.

Diesbezüglich erklärte Herr **Breuer**, dass zum einen Grunderwerbsausgaben anfielen und zum anderen durch die Höhenverhältnisse und die Art des Ausbaus (z. B. Abgrenzung zur Fahrbahn zur Erhöhung der Verkehrssicherheit) vom Standard abgewichen werden muss. Dies begründe die Kostenhöhe.

In Bezug auf die Nachfrage von Herrn **Diederichs-Späh** zur Breite von 3 m für die Radwegebrücke an der Westicker Straße erklärte Herr **Liedtke**, dass es sich um Standardmaße handele und mit Normbauteilen gearbeitet werde.

Herr **Kissing** bemängelte, dass nicht andere Radwegeprojekte angemeldet wurden (z. B. Lortzingstraße, Lanstroper Straße, Hilsingstraße, Töddinghauser Straße). Auch in anderen Bereichen gebe es Handlungsbedarf. Er stellte fest, dass der Planungs- und Umweltausschuss bereits vor drei Jahren die Verwaltung beauftragt habe, eine Fortschreibung und Aktualisierung des Radverkehrskonzeptes vorzunehmen. Dies sei nicht beachtet worden. In diesem Zusammenhang wäre eine Priorisierung von Radverkehrsprojekten in Abstimmung mit dem Planungs- und Umweltausschuss erwünscht gewesen. Seine Fraktion sei nicht glücklich mit dem Vorschlag der Verwaltung. Er hinterfragte, weshalb diese drei Projekte von der Verwaltung vorgeschlagen und zur Förderung angemeldet wurden.

Herr **Breuer** verdeutlichte, dass die Projekte unter dem Aspekt der zeitnahen Umsetzbarkeit vorgeschlagen wurden. Alle drei Projekte seien für den Radverkehr als bedeutsam einzustufen. Er ging nochmals auf die in der Beschlussvorlage aufgeführten Begründungen ein. Bei anderen Projekten sei noch keine Realisierung abzusehen. So seien Grundstücksverfügbarkeiten noch nicht klar oder Abstimmungen mit Nachbarkommunen und anderen Straßenbaulastträgern erforderlich. Nur Projekte, für die Planungssicherheit besteht, können zur Förderung angemeldet werden.

Herr **Baudrexl** bat um Trennung der Themenfelder Radverkehrskonzept und kurzfristig umsetzbare Radverkehrsprojekte mit der erforderlichen Antragstellung für das Jahresförderprogramm 2010. Es seien Radverkehrsmaßnahmen angemeldet worden, deren Umsetzung realistisch erscheine. Zudem sei es nicht zielführend eine Vielzahl von noch unbestimmten Projekten zur Förderung anzumelden. Die Mittel für den Radwegebau seien zudem nur in begrenztem Umfang verfügbar. Es sei ratsam, nur wenige aber dafür qualifizierte und realisierbare Maßnahmen auszuwählen und zur Förderung anzumelden.

In diesem Zusammenhang wies Herr **Liedtke** auf die Bewerbung der Stadt Kamen als „fahrradfreundliche Stadt“ hin. Alle Radverkehrsprojekte würden dazu beitragen, Kamen fahrradfreundlicher zu gestalten. Auch diese Projekte fließen ins Gesamtkonzept ein.

Die vorgeschlagenen Radverkehrsprojekte werden positiv von der SPD-Fraktion begleitet, erklärte Frau **Dyduch**. Die vorgestellten Planungen kommen den verschiedensten Nutzergruppen zu gute. Alle vorgestellten Maßnahmen sind sinnvoll, notwendig und berechtigt und sollen auf den Weg gebracht werden. Erforderliche Lückenschlüsse erfolgen, die Verkehrssicherheit wird erhöht, der Radverkehr gefördert und es erfolgt ein behindertengerechter Ausbau. Wichtig sei, dass die Stadt Kamen ein Interesse daran hat, das Radwegenetz sukzessive weiter auszubauen. In diesem Zusammenhang erkundigte sich Frau Dyduch nach dem Sachstand zur Bewerbung der Stadt Kamen als fahrradfreundliche Stadt.

Herr **Breuer** führte aus, dass sich ebenfalls der Kreis Unna als fahrradfreundlicher Kreis beworben habe. Dort wird derzeit auch ein Radverkehrskonzept erstellt. Diesbezüglich sollen Abstimmungen der Projekte zwischen Kreis Unna und Stadt Kamen erfolgen. So gebe es z. B. Planungen des Kreises Unna, einen Radweg entlang der Westicker Straße zu bauen. Von dieser Seite wird auch der Lückenschluss durch die von der Stadt Kamen beantragte Radwegebrücke Westicker Straße begrüßt. Die Bewerbungen sollen noch in diesem Jahr auf den Weg gebracht werden. Die Arbeitsgemeinschaft der fahrradfreundlichen Städte/Kreise hat signalisiert, dass noch in diesem Jahr eine erste Begutachtung vor Ort erfolgen soll. Ein Termin für die Bereisung steht noch nicht fest.

Herr **Fuhrmann** fragte nach, ob es in Bezug auf die Hilsingstraße / Töddinghauser Straße Abstimmungsgespräche der Verwaltung mit der Stadt Bergkamen und dem Kreis Unna gegeben habe.

Zu dieser Frage erläuterte Herr **Liedtke**, dass der Kreis Unna als zuständiger Straßenbaulastträger Entscheider sei. Dies betreffe auch die Zuständigkeit für diesbezügliche vorzunehmende Abstimmung mit der Stadt Bergkamen. Dennoch habe die Verwaltung Gespräche mit den Nachbarkommunen geführt.

Seitens der CDU-Fraktion werde dieser Tagesordnungspunkt als „beliebig“ empfunden, so erklärte Herr **Kissing**. Seine Fraktion habe sich eine andere Einbettung des Planungs- und Umweltausschusses gewünscht. Seiner Meinung nach sei die Vorlage zu spät und schlecht vorbereitet eingebracht worden. Zuvor habe der Behindertenbeirat dazu beraten und die Presse habe auch bereits berichtet. Darüber hinaus sei nicht klar, was die Stadt Kamen sich finanziell leisten könne.

In diesem Zusammenhang wies Herr **Liedtke** darauf hin, dass der Haushaltsvorbehalt in die Beschlussvorlage aufgenommen wurde. Die Verwaltung habe auch keine Probleme mit Abstimmungsgesprächen an den Gemeindegrenzen und mit dem Kreis Unna. Das Radverkehrsprojekt Lortzingstraße werde beispielsweise derzeit von der Stadt Dortmund geprüft. Zuständigkeiten seien vielmehr vorgegeben und setzen Grenzen. Seiner Meinung nach dokumentieren die drei vorgeschlagenen Radwegeprojekte auch den Willen der Stadt Kamen, eine fahrradfreundliche Stadt zu sein und stützen die Bewerbung um die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft der fahrradfreundlichen Gemeinden u. Gemeindeverbände.

Beschluss:

Der Planungs- und Umweltausschuss befürwortet die nachfolgenden Radverkehrsprojekte und beauftragt die Verwaltung mit der Beantragung von Fördermitteln.

Radweg Henry-Everling-Straße,

- Errichtung eines Brückenbauwerkes einschließlich der erforderlichen Wegeanschlüsse zur weiteren Erschließung des Radweges im Bereich des Knotenpunktes „Westicker Straße“,
- Radweg Spiekerstraße, Kamen – Buderuskolonie, Unna.

Eine Umsetzung der Maßnahmen erfolgt vorbehaltlich der finanziellen Förderung durch das Land und der Bereitstellung erforderlicher Haushaltsmittel.

Abstimmungsergebnis: bei 5 Enthaltungen einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

Querungshilfe Dortmunder Allee zwischen Borsigstraße und Hansastrasse
Antrag der SPD-Fraktion vom 04.06.2009

Frau **Dyduch** erläuterte den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion. Sie wies insbesondere darauf hin, dass der Bau einer Querungshilfe Dortmunder Allee im Bereich Hansastrasse / Borsigstraße ein wichtiges Thema für die Bürgerinnen und Bürger in Südkamen darstellt. Die Maßnahme trägt erheblich zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und Schulwegsicherung bei. Sie bittet um Unterstützung des vorliegenden Antrages.

Herr **Kissing** wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Dortmunder Allee durch den Bau der Spange eine andere Belastung bekommen werde. Es werde ein neuer Kreisverkehr entstehen. Eine Zunahme der Verkehrsbelastung sei zu erwarten. Dies mache ein Konzept zum Umgang mit den Verkehren erforderlich. Eine solche Einzelmaßnahme koste Geld und passe ggf. nach dem Ausbau nicht mehr in das Konzept. Er bat zunächst um Erweiterung des Antrages dahingehend, Kreisverkehrsinseln in den Bereichen Unnaer Straße / Dortmunder Allee / Heerener Straße und die Verkehrsentwicklung von der Spange bis zur Henry-Everling-Straße mit in die Untersuchungen einzubeziehen. Eine weitergehende Beratung solle dann im Straßenverkehrsausschuss erfolgen.

Herr **Baudrexl** gab den Hinweis, dass der Straßenverkehrsausschuss bereits im Jahr 2002 eine Prioritätenliste mit Kreisverkehren beschlossen habe und diese an den Straßenbaulastträger weitergeleitet wurde. Auch ein Kreisverkehr im Bereich Dortmunder Allee / Unnaer Straße / Heerener Straße sei mit aufgeführt. Die neue Verkehrssituation mit dem Bau der Spange könne genutzt werden, um diesen Wunsch gegenüber dem Straßenbaulastträger zu untermauern. Aber der Kreisverkehr würde keinen Einfluss auf den angesprochenen Gefahrenpunkt haben und löse das dort bestehende Problem nicht. Die Querungshilfe sei ein geeignetes Instrument, um die aufgezeigte Gefahrensituation zu beheben.

Herr **Kühnapfel** stimmte Herrn Baudrexl zu. Kreisverkehre und Querung seien unabhängig voneinander zu betrachten und wirksam. Seine Fraktion unterstütze den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion. Er bat in diesem Zusammenhang noch weitere Brennpunkte zu untersuchen (z. B. Endpunkt Schäferstraße – Einmündungsbereich Heerener Straße).

Hierzu teilte Herr **Liedtke** mit, dass vor dem Hintergrund des Radverkehrsprojektes Henry-Everling-Straße Gespräche mit Straßen NRW geführt worden sind, den nördlichen Radweg Heerener Straße ins Landesprogramm aufzunehmen. Damit wird die Beseitigung eines weiteren Gefahrenpunktes erwartet.

Mit dem Bau der Spange wird der als Radwegeverbindung heute vorhandene Wirtschaftsweg abgeschnitten, wies Herr **Liedtke** hin. Damit erhält die beantragte Querung eine größere Bedeutung als Wegebeziehung. Baubeginn der Spange ist August 2009. Die Bauzeit betrage ca. 2 Jahre. Im Auftrag des Rates sei gegenüber dem Straßenbaulastträger eine Gesamtumplanung der Dortmunder Allee gefordert worden. Es bestehe bereits eine alte Planung. Eine Aufnahme der Maßnahme in das Landesstraßenbauprogramm sei bisher nicht erfolgt. Die aktuelle Entwicklung mit dem Bau der Spange könne genutzt werden, diese Forderung nochmals – verbunden mit einer entsprechenden Dringlichkeit – an den Straßenbaulastträger heranzutragen.

Herr **Friedhoff** und Herr **Sekunde** wiesen nochmals als die Notwendigkeit des Baus der beantragten Querungshilfe hin. Zudem sei dies ein klar geäußerte Wille aus der Bürgerschaft.

Herr **Kissing** erklärte, dass die Diskussion gezeigt habe, dass eine Betrachtung der Gesamtsituation erforderlich sei. Er bat die Verwaltung um eine umfassende Prüfung und Einbeziehung aller bestehenden Planungen.

Frau **Dyduch** verdeutlichte nochmals, dass bezüglich der Kreisverkehre eine eindeutige Beschlusslage gegeben sei. Eine Priorisierung sei erfolgt. Die Spange sei planfestgestellt. Sie sehe keinen Grund, diese Themen wieder aufzurollen und Personalkapazitäten unnötig zu binden. Die Querung sei wichtig, insbesondere auch in Bezug auf die Schulwegsicherung und erhöhe zudem die Verkehrssicherheit in erheblichem Maße. Eine zeitnahe Umsetzung wird begrüßt.

Herr **Kloß** gab der SPD-Fraktion zu bedenken, in Bezug auf die Telgei-Diskussion nicht mit zweierlei Maß zu messen. Seine Fraktion stimme, ungeachtet dessen, jedoch dem vorliegenden Antrag zu.

Beschluss:

Der Planungs- und Umweltausschuss beauftragt die Stadtverwaltung Kamen die Möglichkeit zur Errichtung einer Querungshilfe auf der Dortmunder Allee zwischen Hansastrasse und Borsigstraße zu überprüfen. Im Rahmen der Prüfung sollen neben den technischen Möglichkeiten auch die Kosten sowie eine mögliche finanzielle Beteiligung des Straßenbaulastträgers (Straße NRW) ermittelt werden. Die Prüfungsergebnisse sollen zeitnah im Planungs- und Umweltausschuss vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig angenommen

Zu TOP 6.

Bauvorhaben im Stadtgebiet
hier: Bericht der Verwaltung

Mitteilungen zu Bauvorhaben

Herr **Liedtke** informierte über das Bauvorhaben Max Bahr, Zollpost. Die Baugenehmigung für den Baumarkt sei zwischenzeitlich erteilt worden. Der Baubeginn solle zeitnah erfolgen. Eine Veränderung der inneren Erschließung Zollpost ist gewünscht. Er stellte die Planungen dafür vor (s. Präsentation S. 36 + 37). Eine Verkürzung der Verkehrswege (keine zwingenden Umfahrung mehr) ist vorgesehen. Es sollen zu diesem Zweck zwei Kreisverkehre gebaut werden. Die Verwaltung beabsichtigt, mit dem Investor eine entsprechende Erschließungsvereinbarung abzuschließen. Der Ausbau würde nach den Vorgaben der Stadt Kamen durchgeführt und die aktuellen städtischen Ausbaustandards berücksichtigt. Nach Fertigstellung würden die Anlagen in die Straßenbaulast der Stadt Kamen kostenlos übernommen.

Anfragen zu Bauvorhaben

Herr **Kloß** und Herr **Kühnapfel** baten um einen Sachstandsbericht zum Bauvorhaben Marktstraße.

Diesbezüglich teilte Herr **Liedtke** mit, dass die bauaufsichtliche Genehmigung erteilt wurde. Die Umlegung von Leitungen erfolgte durch die GSW. Der erforderliche Grunderwerb ist abgeschlossen. Alle erforderlichen Genehmigungen liegen vor. Eine städtebauliche Verbesserung wird durch die Baumaßnahme erwartet. In Bezug auf die Diskussion im Planungs- und Umweltausschuss sei die Fassade nochmals überarbeitet worden. Symmetrie und Achsen wurden dabei berücksichtigt. Im Erdgeschoss befindet sich ein 4,50 m bis 5,00 m tiefer 1-geschossiger Anbau mit Dachgarten.

Nach Auffassung von Herrn **Kühnapfel** sei die Planung nicht wesentlich geändert und angepasst worden.

Herr **Liedtke** wies darauf hin, dass gerade im Bereich der Marktstraße immer wieder Flächeninanspruchnahmen zugelassen wurden, die eine zeitgemäße Nutzung ermöglichen. Die derzeitige Entwicklung beurteilte er positiv als weitere städtebauliche Aufwertung des Bereiches.

Unabhängig von ästhetischen Ansprüchen, so erklärte Herr **Baudrexl**, sehe auch er eine städtebauliche Aufwertung. Seitens der IHK habe die Stadt Kamen ein großes Lob für die öffentliche Infrastruktur erhalten. In Bezug auf die Größe der Fußgängerzone seien Leerstände in den Randbereichen nicht zu vermeiden. Wettbewerb der Investoren ermögliche eine Auswahl – dies sei ein normaler Prozess. Der städtebaulichen Entwicklung – insbesondere mit privatem Engagement - sei ein hoher Stellenwert zuzurechnen.

Herr **Kissing** sprach sich dafür aus, die private Leistungsbereitschaft ausdrücklich zu fördern. Hier sei eine Interessenabwägung erforderlich.

Frau **Gerdes** unterstützte Herrn Kissing. Immobilienbesitzer sollten unterstützt werden und nicht kritisiert.

Frau **Schneider** erklärte, dass ihrer Meinung nach eine Aufgabe des Planungs- und Umweltausschusses darin bestünde, den Investoren „auf die Finger“ zu schauen. Ihrerseits werde eine kritische Begleitung gewünscht.

Herr **Lipinski** verdeutlichte, dass die städtebauliche Weiterentwicklung angestrebt wird und weiter zu betreiben ist.

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

7.1 Mitteilung der Verwaltung

Herr **Liedtke** teilte mit, dass folgende Straßenbereiche mit einer DSK-Decke versehen werden:

- Südkamen: Perthesstraße, Fliednerstraße, Bückeburger Straße
- Methler: Wilhelm-Busch-Ring
- Heeren-Werve: Grafenwald

Die Gesamtkosten betragen rd. 140.000 €

Zur Baumaßnahme Bahnhofsumfeld gab Herr **Liedtke** folgende Sachstandsinformation:

- Die Abbrucharbeiten für das Parkhaus wurden vergeben. Die Arbeiten werden am 06.07.2009 beginnen. Nutzer sowie Bürgerinnen und Bürger werden durch Info-Tafeln und Handzettel auf den Beginn der Arbeiten und die Sperrung des Parkhauses hingewiesen.
- Die Ausschreibung für den Parkhausneubau läuft. Die Submission ist am 07.07.09.
- Die Ausschreibungsunterlagen für Straßen-/ u. Kanalbau werden derzeit vorbereitet.

7.2. Anfragen

7.2.1.

Frau **Gerdes** wies auf den schlechten Zustand des Gebäudes „ehemals Gonnermann“ am Alten Markt hin und erkundigte sich, ob der Inhaber Aussagen zur weiteren Entwicklung gegenüber der Stadtverwaltung geäußert habe.

Herr **Liedtke** und Herr **Baudrexl** erklärten, dass keine Informationen diesbezüglich vorlägen. Es sei kein unmittelbarer Handlungsbedarf der Verwaltung gegeben (keine Gefahr im Verzug). Das Gebäude selbst stehe nicht unter Denkmalschutz.

7.2.2.

Herr **Fuhrmann** erkundigte sich, ob für das Parkhaus am Bahnhof Ersatzparkplätze ausgewiesen würden.

Ausweichparkplätze werden eingerichtet und ausgewiesen in den Bereichen Westicker Straße/Werkstraße, Unnaer Straße, Stiller Weg, erklärte Herr **Liedtke**.

7.2.3.

Auf Nachfrage von Herrn **Wiese** zu einem Bauvorhaben Mühlenstraße, informierte Herr **Liedtke**, dass dort 2 Einfamilienhäuser errichtet werden. Die Baugenehmigungen wurden auf Grundlage der bestehenden Satzung erteilt.

7.2.4:

Herr **Kühnapfel** wies darauf hin, dass bei der Eiche am katholischen Kindergarten Südkamen, Hegelstraße, die Baumscheibe zu eng sei und die Versorgung des Baumes gefährdet sei.

Die Verwaltung nahm dies zur Kenntnis und wird die Angelegenheit prüfen.

7.2.5:

Der Feldweg (Wilhelm-Bläser-Straße) im Bereich Kläranlage – Modellflugplatz soll zunehmend durch Fahrzeuge als Durchgangsstraße genutzt werden. Dies teilte Herr **Kühnapfel** mit. Er bat um Ergreifung geeigneter Maßnahmen, diese Verkehre zu unterbinden.

Die Verwaltung sagte eine Prüfung zu.

7.2.6:

Herr **Diederichs-Späh** erkundigte sich nach den Sachstand zur Nutzung der Polizeikaserne an der Dortmunder Allee.

Der Neubau der Autobahnpolizei werde sich verzögern, so dass eine längere Nutzung der Polizeikaserne erfolge. Informationen zur Nachnutzung liegen der Verwaltung noch nicht vor, berichtete Herr **Liedtke**.

7.2.7:

Die Möbelhäuser Turflon und Zurbrüggen planen Erweiterungen. Herr **Kissing** teilte dies mit und erkundigte sich, ob die Stadt Kamen als Mitglied im Arbeitskreis regionales Einzelhandelskonzept eingebunden sei und wie dies beurteilt werde.

Dazu teilten Herr **Baudrexl** und Herr **Liedtke** mit, dass das nicht innenstadtrelevante Sortiment ausgeweitet werden soll. Insoweit ist die Vergrößerung unproblematisch zu beurteilen. Insgesamt ist jedoch die Diskussion zum Thema Ausweitungsgrenzen noch nicht gänzlich abgeschlossen.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen und Anfragen ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Keine

Herr **Lipinski** schloss die Sitzung um 20.10 Uhr.

gez. Lipinski
Vorsitzender

gez. Liedtke
Schriftführer

Anlagen

Bericht Baumschutzsatzung